

Editorial

»Aufschlussreich gescheitert« – so könnte man die Sondierungen für eine Jamaika-Koalition bilanzieren, die kurz vor Drucklegung dieses *Kritischen Agrarberichts* abgebrochen wurden. Aufschlussreich deshalb, weil ausgerechnet in dem hochumstrittenen Politikfeld Landwirtschaft & Ernährung eine weitgehende Einigung erzielt wurde – auf überraschend hohem Niveau.

In dem Ergebnispapier der Sondierungsgespräche heißt es vollmundig: Deutschland werde in Zukunft »Trendsetter beim Tierwohl«. Der in den letzten Jahren verloren gegangene »gesellschaftliche Konsens für die Nutztierhaltung« solle wieder hergestellt werden, etwa indem bestehende »Lücken im Tierschutzrecht« gezielt geschlossen werden. »Das Töten von Eintagsküken werden wir endgültig beenden«, so die Verhandlungsführer. Auch die Einführung eines staatlichen Tierwohllabels war geplant – zwar zunächst freiwillig, aber dann doch innerhalb der Legislatur rechtsverbindlich und EU-konform.

Einigkeit auch beim Pflanzenschutz: Ein neues »Reduktionsprogramm« sollte aufgelegt werden, das auch – ohne hier konkreter zu werden – »restriktivere Anwendungen« bei Glyphosat in Aussicht stellt. Ein »Sofortprogramm« für den Schutz von Insekten stand ebenso auf der To-do-Liste der Jamaikaner wie die verbesserte Förderung des Ökolandbaus.

Selbst beim notorische Streitthema der Agrarsubventionen verständigte man sich auf eine »bessere Zielorientierung« für »die Sicherstellung einer vielfältigen Agrarstruktur, die die landwirtschaftliche Erzeugung mit dem Schutz von Natur, Klima, Umwelt und Biodiversität verbindet«. Auch wenn die Verteilung der Mittel auf die verschiedenen Fördersäulen bis zuletzt strittig blieb: Die neue Regierung werde sich in Brüssel für eine vergleichbare finanzielle Ausstattung der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) in der neuen Förderperiode ab 2020 einsetzen und zusätzlich auf nationaler Ebene die Gemeinschaftsaufgabe GAK und die diversen Bundesprogramme finanziell besser ausstatten.

Daraus hätte ein durchaus ambitioniertes agrarpolitisches Programm werden können. So viel gemeinsamen Veränderungswillen hatten viele zwischen den eher bauernverbandsaffinen Christdemokraten, den marktliberalen Freien Demokraten und den Grünen mit ihrer Agenda nicht erwartet.

Man geht sicher nicht fehl in der Annahme, dass die Vertreter aller Parteien gespürt haben, dass der öffentliche Druck für eine tiefgreifende Veränderung im Agrarsektor, insbesondere im Bereich der Tierhaltung, in den letzten Jahren enorm gestiegen ist – nicht zuletzt aufgrund der intensiven Aufklärungs- und Mobilisierungsarbeit aller im AgrarBündnis zusammengeschlossenen Verbände und ihrer Mitglieder.

Kaum vorstellbar, dass eine neue Regierung hinter den bereits erzielten Verhandlungsstand zurückfällt, ohne den Rückhalt bei den Wählerinnen und Wählern zu verlieren.

Dass Veränderung not tut, zeigt sich auch, wenn man den Blick über die Grenzen Deutschlands lenkt. Drei Schlaglichter auf globale Problemfelder, die für die agrarpolitische Debatte der nächsten Jahre von besonderer Bedeutung sein werden:

■ »Pünktlich« zur großen Klimakonferenz in Bonn wurde bekannt, dass erstmals seit Jahren die Emissionen des klimaschädlichen Kohlendioxids wieder *zunehmen*, statt weiter zu sinken. Die Umsetzung der Klimaziele von Paris rückt damit in weitere Ferne. Ein Grund hierfür: die globale Ausweitung einer fleischbasierten und entsprechend klimaschädlichen Ernährungsweise – gemäß dem Motto »Wie im Westen, so auf Erden« (W. Sachs). Es ist unverkennbar: Ohne eine weltweite Agrar- und Ernährungswende wird aller Klimaschutz ins Leere laufen.

■ Eine weitere fatale Trendwende auch bei der globalen Ernährungssituation: Nach Jahren der erfolgreichen Hungerbekämpfung nimmt neuerdings die Zahl der Hungernden weltweit wieder zu. 815 Millionen Menschen sind chronisch unterernährt und hungern. Ebenfalls steigt die Zahl der übergewichtigen und adipösen Menschen – selbst in Ländern und Regionen, in denen noch viele Menschen hungern.

■ Dass unter der derzeitigen Form der Landnutzung die biologische Vielfalt massiv leidet, machten Forschungsergebnisse erneut deutlich, die nachgerade apokalyptisch anmuten und für einen entsprechenden Medienwirbel gesorgt haben: Wissenschaftler und Naturschützer haben festgestellt, dass der Insektenbestand seit 1989 in Deutschland um dramatische 75 Prozent gesunken ist – ein Exodus, den Untersuchungen auch aus anderen Ländern bestätigen. Auch

wenn die Gründe für das weltweit beobachtbare Insektensterben nicht allein auf das Konto der intensiven Landwirtschaft gehen – die Landwirtschaft wird in Zukunft gewiss einer der Hauptleidtragenden sein, wenn die Bestäubungsleistungen der Insekten weiter abnehmen. Sie sollte sich daher allein schon aus wohlverstandem Eigeninteresse für eine bienen- und insektenfreundliche Form der Landnutzung einsetzen.

Es gibt wenige Wirtschaftszweige, die – wie die Landwirtschaft – mit ihren Produktionsmitteln (allen voran dem Boden) einerseits so ortsgebunden sind, und die andererseits so stark eingebunden sind in globale Stoffkreisläufe und Warenströme.

Auch hier steht vor allem die Tierhaltung im Zentrum des weltweiten Wirbels von Importen und Exporten: Knapp 80 Prozent der benötigten Eiweißfuttermittel muss die EU einführen, um das (Über-)Versorgungsniveau an tierischen Lebensmitteln aufrechtzuerhalten. Im Gegenzug eilen Agrarexporte – allen voran die deutschen – von Rekord zu Rekord. Immer mehr »German Meat« drängt auf die Märkte vor allem Asiens; gleiches gilt für Milch und Milchprodukte: ein für manche durchaus lukratives, unterm Strich aber für Mensch, Tier und Natur ruinöses Geschäftsmodell. Ruinös insbesondere für eine bäuerliche Tierhaltung, die überall auf der Welt von zunehmend globalisierten agrarindustriell geprägten Strukturen verdrängt wird.

Aber was sind die Alternativen? »Globalisierung gestalten« lautet der Schwerpunkt des diesjährigen *Kritischen Agrarberichts*, mit dem wir die politischen Gestaltungsspielräume für eine nachhaltige Landwirtschaft ausloten wollen. Folgenden Fragen sind wir dabei unter anderem nachgegangen:

- Ganz grundsätzlich: Brauchen wir globalisierte Agrarmärkte, und wenn ja, für welche Produkte und in welchem Umfang?
- Wie lässt sich die internationale Handelspolitik für Agrargüter fair, sozial, tierschutzkonform und ökologisch gestalten?
- Welche Rolle spielt die Agenda 2030 mit ihren globalen Entwicklungszielen als Leitlinie für eine neue Handelspolitik?
- Wie sind die Fusionen von Großkonzernen wie Bayer und Monsanto aus kartell- und wettbewerbsrechtlicher Sicht zu bewerten?

- Welche Folgen werden sie auf den Saatgutmarkt haben – und welche bäuerlich-züchterischen Gegenstrategien gibt es?
- Wie ist das – an sich wünschenswerte – Wachstum der Biobranche so zu gestalten, dass es nicht zu Lasten der bäuerlichen Landwirtschaft im globalen Süden und Norden geht?
- Welche Wege führen aus dem enormen Futtermittelbedarf aus Übersee einerseits und der Exportorientierung der deutschen Landwirtschaft andererseits?
- Wie erreichen auch wir im Norden Ernährungssouveränität und wie lässt sich die regionale Versorgung von Städten und Regionen mit Lebensmitteln stärken?

Das sind einige der Fragen, die in den 21 Beiträgen (von insgesamt 49) behandelt werden, die wir dem Schwerpunkt gewidmet haben.

Daneben beschäftigen wir uns auch in diesem Jahr mit Themen, die zum Teil seit Langem die agrarpolitische Debatte prägen: etwa die zentrale Frage des Umbaus der Tierhaltung in Deutschland oder der Streit über die Wiedezulassung des Herbizids Glyphosat. Neu hinzugekommen ist neben anderem die Frage der zurzeit vieldiskutierten Digitalisierung (in) der Landwirtschaft – ein neues Geschäftsfeld für die Agrarindustrie und zugleich aus bäuerlicher und entwicklungspolitischer Sicht eine neue Herausforderung der nächsten Jahre.

Wir danken den 71 Autorinnen und Autoren aus dem In- und Ausland, die mit ihren Beobachtungen und Analysen zum Gelingen dieses agrarpolitischen Jahrbuchs beigetragen haben. Dank gebührt auch den Stiftungen, Unternehmen und Organisationen, die durch ihre finanzielle Unterstützung die Arbeit am *Kritischen Agrarbericht* Jahr für Jahr ermöglichen.

Für die Redaktion:

Manuel Schneider, Andrea Fink-Keßler, Friedhelm Stodieck

Für den Vorstand des AgrarBündnis:

Jochen Dettmer, Clemens Gabriel, Esther Müller, Bernd Voß

München, im Dezember 2017